

Quo vadis Landkreise?

Warum Kreispolitik im Kern nur Struktur- und Standortpolitik sein kann

Von Dr. André Kavai, Kreisbeigeordneter Main-Kinzig-Kreis und Unterbezirksvorsitzender SPD Main-Kinzig

Einleitung

Immer wieder wird die Frage diskutiert, auf welche politischen Aufgaben sich Landkreise konzentrieren sollten. So wird wiederholt vor allem von (Neo)-Liberalen und Konservativen die Forderung laut, dass Landkreise sich ausschließlich auf ihre Pflichtaufgaben beschränken sollten, die ihnen nach der HGO, der HKO und den Vorgaben des Landes Hessen zugewiesen werden. Dies würde nichts anderes bedeuten als dass Landkreise die hoheitlichen Aufgaben, die ihnen übertragen werden möglichst reibungslos im Rahmen von Verwaltungshandeln zu exekutieren haben.

Niemand, der an politische Gestaltungskraft glaubt, kann das ernsthaft wollen und gleichzeitig für eine Selbstbestimmung der Aufgaben vor Ort in Form der kommunalen Selbstverwaltung befürworten.

Diese Forderung greift aber auch aus anderen Gründen zu kurz; bedenkt man die massiven gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht zuletzt durch den demographischen Wandel zu erwarten sind und die den Wettbewerb der Regionen sowie der einzelnen Kommunen untereinander verschärfen wird. **Die Forderung nach der Erfüllung der Pflichtaufgaben greift also nicht nur zu kurz, sie negiert auch vollständig die Zukunfts- und Entwicklungsperspektiven von Regionen und Kommunen.**

Die demographische Entwicklung wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu neuen Aufgabenstellungen führen und stellt die kommunale Handlungsebene schon heute vor vielfältige Herausforderungen. So wäre der prognostizierte Einwohnerrückgang und die Alterung der verbliebenen Bevölkerung gleichbedeutend mit einem niedrigeren Aufkommen an Lohn- und Einkommenssteuer und einem Rückgang der kommunalen Gebühren und Beiträge. Eine ähnliche Entwicklung könnte sich beim Angebot von privaten Dienstleistungen vollziehen. Rückläufige Kundenzahlen und eine verringerte Kaufkraft können im schlimmsten Fall zu örtlichen Betriebsschließungen und Geschäftsaufgaben auch beim lokalen Gewerbe führen. Durch den Einwohnerrückgang und die Überalterung der Gesellschaft könnten die Kosten für die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere im ländlichen Raum, drastisch steigen. Immer weniger Bürgerinnen und Bürgern müssten dann für die Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge aufkommen. Alleine diese Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass eine Region Zuzugsregion ist und vor allem bleibt.

Dabei ist jedoch unverkennbar, dass nicht jede Region in Hessen eine Zuzugsregion ist oder in Zukunft sein wird.

Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen zeichnet in diesem Zusammenhang ein deutliches Bild. Eine **weitere Stärkung der Ballungsräume und deren Speckgürtel** ist zu erwarten. Insbesondere die polyzentrische Rhein-Main Region wird weiteren Zuzug erleben, während einzelne Regionen in Nord-, Mittel und Osthessen aber auch in Teilen Südhessens erhebliche Bevölkerungsverluste verkraften werden müssen. Nur Regionen die den Menschen

1. eine berufliche Perspektive oder Arbeitsplatz in angemessener Entfernung,
2. eine gute Verkehrsanbindung in die wirtschaftliche Zentren,
3. gute Schulen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie
5. schnell erreichbare Gelegenheiten der Naherholung bieten können, werden in den nächsten Jahren einen weiteren Bevölkerungsanstieg in unterschiedlicher Ausprägung erleben oder zumindest eine Bevölkerungsstagnation aufweisen.¹

Betrachtet man diese fünf Kriterien für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen genauer, lassen sich große Schnittmengen mit Zuständigkeiten und zentralen Aufgaben von Landkreisen festmachen. Aufgaben, die einzelne Städte und Gemeinde alleine nicht leisten können. Es besteht somit kein Zweifel daran, dass Landkreise auch weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, wenn es um die Gewährleistung eines funktionierenden Gemeinwesens außerhalb der Oberzentren geht. **Die immer wiederkehrende Diskussion um Regionalkreise ist daher nicht nur inhaltlich falsch, vor allem aber gibt es keine politische Kraft, die wirklich in der Lage wäre, diese durch entsprechende Landesgesetzgebung umzusetzen.** So dient diese Scheindebatte im Grunde keinem konstruktiven politischen Diskurs über die Zukunftsfähigkeit der hessischen Regionen.

Vielmehr ist zu überlegen, wie die Reform der Verwaltungsebenen in Hessen mit den Landkreisen zusammen organisiert werden kann. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang sind; freiwillige Kooperation der Landkreise untereinander, z.B. in Fragen des Standortmarketings oder der Wirtschafts- und Kulturförderung. Aber auch Kreisbehörden, insbesondere ehemalige staatliche Abteilungen könnten zusammengefasst werden. In der Rhein-Main Region gibt es Ansätze dieser Zusammenarbeit, die intensiviert werden sollten. So müssen sich die Landkreise gemeinsam auf allen Ebenen für eine Wirtschaftspolitik einsetzen, die den regional ansässigen Unternehmen ein kontinuierliches Wachstum ermöglichen, ohne kostenintensive und zeitraubende vielleicht sogar hemmende Parallelstrukturen aufrechtzuerhalten. **Mittelfristiges Ziel muss es sein, Aufgaben der drei**

¹ Siehe dazu Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser demographischer Wandel 2020 – Analysen und Konzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh 2006

bestehenden Regierungspräsidien zum einen ins hessische Innenministerium und in die Landkreise zu verlagern, um eine Verwaltungsebene einzusparen.

Zweifellos hingegen ist die Frage nach der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der jetzigen 21 hessischen Landkreise. **Sicher ist es überlegenswert, ob Landkreise die entweder flächenmäßig sehr klein sind oder aber kaum mehr als 100.000 Einwohner haben, weiterhin alleine bestehen sollen und können. Hier kann eine Kreisreform, wie auch in anderen Bundesländern (vgl. Sachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) zu schlagkräftigeren Kommunen führen, wenn freiwillige Zusammenschlüsse nicht erfolgen .**

Zu den Aufgaben der Landkreise gehören in erster Linie, eine für die Region angepasste Wirtschafts- und Tourismusförderung, die Verantwortung für den lokalen Nahverkehr, die Sozialhilfe- u. Jugendhilfe, die Schulträgerschaft, den Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsvor- und Fürsorge sowie die Entwicklung von Perspektiven für den ländlichen Raum. Somit ist Kreispolitik, wie bereits weiter oben konstatiert, **im Kern vor allem Struktur- und Standortpolitik**, die sich in folgenden Bereichen widerspiegelt:

Verkehr und Infrastruktur

Eine gute Verkehrsanbindung an die wirtschaftlichen Zentren ist für das Wachstum einer Region unverzichtbar. Die Landkreise müssen in diesem Zusammenhang alle Anstrengungen unternehmen, um die Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Dazu gehören die ständige Weiterentwicklung des ÖPNV sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln für Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung, aber mindestens deren Stabilisierung auf dem jetzigen Niveau. Vor den finanziellen Rahmenbedingungen gekürzter Regionalisierungsmittel der Bundesregierung ist dies schon sehr ambitioniert. So müssen die Kreise die Gemeinden bei der Planung und Genehmigung von Ortsumgehungen unterstützen und sich um die Instandhaltung, Ergänzung und Erneuerung des Straßennetzes sowie die Instandsetzung und den Bau von örtlichen und überörtlichen Radwegen kümmern.

Die Verbindung eines attraktiven Lebens- und Erholungsraumes mit einer guten Anbindung an Verkehrsinfrastruktur bietet herausragende Perspektiven, auch für die touristische Vermarktung. Die hessischen Landkreise müssen sich auf ihre exzellente Lage im Mittelpunkt Europas konzentrieren und als Standortvorteil nutzen.

Ökologische Nachhaltigkeit

Um eine nachhaltige ökologische Entwicklung in den Landkreisen und darüber hinaus zu garantieren, müssen die Belange des Umweltschutzes in allen kommunalen Aufgaben- und Politikbereichen berücksichtigt werden. Ob es sich um die Wärmedämmung kommunaler

Einrichtungen oder Bauvorhaben eines Landkreises handelt, eine nachhaltige Politik muss eines der obersten Ziele der Kreise sein. Daneben sollten sich die Kreise aktiv an der Umweltschutzarbeit im Rahmen unterschiedlicher Maßnahmen beteiligen, wie z.B. Projekten zum Arten- und Biotopschutz, dem Grundwasserschutz u.a..

Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Ausbau regenerativer Energieerzeugung unter Nutzung der heimischen Ressourcen zu. Gerade die Nutzung von Bioenergie bietet vielfältige Möglichkeiten für eine umweltschonende und CO₂-neutrale Energiegewinnung und der heimischen Land- und Forstwirtschaft neue Betätigungs- und Absatzmöglichkeiten. Ziel ist ein sinnvoller Energiemix aus konventionellen Energieträgern und erneuerbaren Energien und Bioenergie.

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Hauptziel kommunaler Wirtschaftsförderung ist es, die lokale Wirtschaftsstruktur zu stärken, Beschäftigung zu sichern und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu ermöglichen. Im Bereich der Arbeitsmarkt und Sozialpolitik hingegen sind vor allem der Bürokratieabbau und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Politik von Bedeutung. So sind kurze Genehmigungszeiten und klare Ansprechpartner für die Wirtschaft ein deutlicher Standortvorteil. Auch müssen bereits erfolgreiche Instrumente und Aktivitäten gebündelt werden. Zu solchen Aktivitäten gehören die Förderung der Ausbildung und Schaffung von Ausbildungsplätzen in kreiseigenen Betrieben und die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Berufsschulen.

Vor allem die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft sollte in den Landkreisen im Vordergrund stehen. Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit regional ansässiger Unternehmen und Betriebe ist dabei von entscheidender Bedeutung und kann durch entsprechende Investitionen gesichert werden.

Investition in die Köpfe von morgen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft jeder Gesellschaft. Die Kreise müssen in sie investieren, um ihnen ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Um auch in Zukunft ein hohes Bildungsniveau für unsere Kinder zu sichern, müssen die Kreise weiter den Weg der Bildung für alle beschreiten und die Angebote im schulischen und außerschulischen Bereich verbessern. Die Landkreise müssen sich daher für den Erhalt des wohnortnahen Schulangebots auch im ländlichen Raum einsetzen und den Ausbau der Ganztagesbetreuung für Schüler aller Schulformen vorantreiben. Dazu gehört, dass die Sanierung von Schulbauten weiterhin die Aufgabe der Kreise als Schulträger bleibt.

Daneben sollten die Kreise entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Schulen, Elterninitiativen sowie Städte und Gemeinden für Betreuungsangebote unterstützen.

Perspektiven für Familien

Um die negativen Auswirkungen des demographischen Wandels abzuschwächen, müssen die Landkreise ein attraktives Zuzugsgebiet für junge Familien sein. Ziel der Kreise sollte es daher sein, Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Dazu müssen kinder- und familienfreundliche Angebote in den Städten und Gemeinden (z.B. Spielplätze, Angebote für Jugendliche, Vereinsförderung) und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Betreuungsangeboten wie Tagesmutterbetreuung, Krippenplätze, Kindergärten und Horte unterstützt werden.

Daneben sollten sich die Kreise besonders für die Förderung und Unterstützung bzw. bei der Verbesserung des Bildungszugangs von Kindern aus sozial schwächeren Familien einsetzen. Eine enge Zusammenarbeit und Koordination der Kreise mit allen Verbänden, Trägern und Verantwortlichen kann dabei helfen, die Lebensbedingungen für Kinder und Familien zu verbessern.

Der steigende Anteil der älteren Bevölkerung sollte in den kommunalen Planungen stärker berücksichtigt werden. Die Kreise sollten sich dabei vor allem dafür einsetzen, die Selbständigkeit der Senioren zu unterstützen und darüber hinaus eine ausreichende Zahl von Plätzen in Wohn- und Pflegeheimen durch private Träger und eigene Einrichtungen sicherzustellen. Dem selbst bestimmten Leben im Alter ist Vorrang einzuräumen. Familien und Angehörige von Pflegebedürftigen bedürfen der besonderen Unterstützung.

Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Wenn es um die vitalen Interessen der Bürgerinnen und Bürger geht, sollten die Kreise nicht alle Fäden aus der Hand geben. Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ist es von Vorteil, wenn ein Landkreis handlungsfähig ist und die Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger garantieren kann. Die Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sollte dabei auch deshalb in kommunaler Hand bleiben, um die Arbeitsplätze in diesen Bereichen vor Ort zu sichern und zu erhalten. Die Kreise sollten sich daher für den Erhalt der kreiseigenen bzw. kreisbeteiligten Unternehmen und Gesellschaften einsetzen und sich gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge stellen.

Fazit

Die Grundlage einer dynamischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung liegt in der Sicherstellung einer funktionsfähigen, politischen und wirtschaftlichen Infrastruktur in den

Landkreisen. Eine aktive Strukturpolitik ist somit der Schlüssel zur Schaffung und zur Sicherung eines expansionsfähigen Wirtschaftsraumes. Die hessischen Landkreise müssen daher auch bei zukünftigen Entwicklungen in der Lage sein, mitreden zu können. Die freiwillige Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen. Zwangsverbände und Regionalkreise sind dagegen strikt abzulehnen. Eine offensive, lokale Wirtschaftspolitik bedeutet vor allem: als selbstbewusster Teil einer größeren Region zu agieren. Der Vorteil ortsnaher und ortskundiger Entscheidungen sollte den Unternehmen in den Landkreisen auch weiterhin zugute kommen. Daher sollten die Kreise auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen eintreten, die den regional ansässigen Unternehmen Sicherheit und günstige Entwicklungschancen geben und den Bürgerinnen und Bürgern somit auch in Zukunft ein höchstes Maß an Lebensqualität garantieren.